N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 28.11.2013**

öffentlich

Ort: **ACHTUNG RAUMÄNDERUNG:
Stadthaus, Raum 116, 1. Etage
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale)**

Zeit: **16:37 Uhr bis 18:35 Uhr**

Anwesenheit: **siehe Teilnehmerverzeichnis**

Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	abwesend ab 18:31 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	abwesend ab 18:31 Uhr
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	abwesend ab 18:02 Uhr
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Robert Bonan	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER/NEUES FORUM	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	abwesend ab 18:35 Uhr
Frau Ute Borchert	SKE	
Herr Manfred Czock	SKE	
Herr Eric Eigendorf	SPD	abwesend ab 17:47 Uhr
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Frau Vofrei	Bereichsleiterin Jobcenter Halle (Saale)	
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle (Saale)	
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Herr Dr. Sebastian Kranich	SKE	
Herr Tobias Kogge	Verwaltung	
Herr Jörg Baus	Verwaltung	
Frau Annerose Winter	Verwaltung	
Frau Kerstin Riethmüller	Verwaltung	
Frau Dr. Christine Gröger	Verwaltung	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verwaltung	
Frau Konstanze Hermann	Verwaltung	
Frau Jasmine Chaghouri	Verwaltung	
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Herr Sittinger	GAST	

Entschuldigt fehlen:

Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Brigitte Thieme	SKE
Frau Helga Schubert	Liga der freien Wohlfahrtspflege in Halle
Herr Dr. Toralf Fischer	Verwaltung
Frau Martina Kerner	Verwaltung
Frau Petra Schneutzer	Verwaltung
Frau Andrea Simon	Verwaltung
Frau Susanne Wildner	Verwaltung
Herr Thomas Godenrath	Verwaltung

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte die Mitglieder.

Da im letzten Ausschuss **Frau Konstanze Hermann, Fachbereich Soziales**, bereits als Protokollführerin bestätigt wurde, bedurfte es für diese Sitzung keiner neuen Abstimmung.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung zur Tagesordnung. Hierbei erklärte sie, dass in der Einladung der Punkt „Genehmigung der Niederschrift“ nicht aufgeführt wurde, da zum damaligen Zeitpunkt nicht absehbar war, ob die Niederschrift vom 14.11.13 vorliegen würde. Sie bat die Teilnehmer um Zustimmung, diesen Punkt in die heutige Tagesordnung mit aufzunehmen und über die Niederschriften vom 17.10.13 und 14.11.13 abzustimmen.

TOP 6 muss leider gestrichen werden. Frau Voigt von der Selbsthilfekontaktstelle wird ihre Arbeit in der Februar-Sitzung im neuen Jahr vorstellen.

Unter Mitteilungen wurde der Punkt über den Stand der Beantragung von Fördermitteln durch freie Träger, Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen für Projekte der sozialen Arbeit im freiwilligen und pflichtigen Bereich für das Haushaltsjahr 2014 als 9.3 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigungen der Niederschriften vom 17.10.13 und 14.11.13
4. Beschlussvorlagen
5. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle
6. Vorstellung des Projektes "SozialConcierge"

7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter
Vorlage: V/2013/12098
8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen
- 9.1. Themenspeicher
- 9.2. Bericht zum Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale) 2009 - 2012/13
- 9.3. Stand zur Beantragung von Fördermitteln für HHJ 2014
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 17.10.13 und 14.11.13

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin, erklärte, dass sie in der Niederschrift des öffentlichen Teils als anwesend, jedoch in der Niederschrift des nicht öffentlichen Teils als entschuldigt abwesend geführt wurde.

Sie möchte dies richtigstellen. Sie hat an der Sitzung des SGGA am 17.10.13 aufgrund von Krankheit nicht teilgenommen.

Die Mitglieder des SGGA stimmten den Niederschriften vom 17.10.13 und 14.11.13 zu.

Abstimmungsergebnis:

8	JA-Stimmen
1	ENTHALTUNG
0	NEIN-Stimmen

mehrheitlich zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle

Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters Halle (Saale), führte zu den Entwicklungen und einzelnen Fallzahlen am Arbeitsmarkt aus. Die Fallzahlen stagnieren. Trotz des schlüssigen Konzeptes ist noch nicht bekannt, ob die Kosten der Unterkunft ausreichen, da aufgrund des letzten harten Winters ein Anstieg der Heizkosten zu verzeichnen ist und evtl. Nachforderungen notwendig werden. Sie verwies auf die den Mitgliedern vorgelegte Statistik.

Weiterhin ging sie ausführlich auf das Thema Bürgerarbeit ein.

In Halle sind ca. 1.000 Hilfeempfänger als Bürgerarbeiter tätig. Ein großer Teil kann jedoch voraussichtlich nicht weiter beschäftigt werden. Die Maßnahme läuft schrittweise aus. In Fortführung sollen ESF-Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Für Sachsen-Anhalt sind bisher 250 Stellen, die sich in 3 Personengruppen teilen, geplant. Wie viele Plätze davon der Stadt Halle zugeteilt werden, ist zurzeit nicht bekannt.

Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM, fragte an, wie viele Jugendliche mit dieser Maßnahme in eine Ausbildung gebracht werden konnten.

Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters Halle (Saale), führte dazu aus, dass die Bürgerarbeit vorwiegend für ältere Menschen als Chance für einen neuen Berufsabschluss genutzt wird.

Herr Menn, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, ob und wie viele Bürgerarbeiter in der vom Jobcenter ausgelegten Statistik enthalten sind.

Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters Halle (Saale), erklärte, dass in der Tabelle die Bürgerarbeit nicht zum Tragen kommt.

Herr Müller, CDU, bat um Information, warum die Arbeitslosenquote der Ausländer im Vergleich zum Vorjahr um 120 höher liegt.

Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters Halle (Saale), begründete dies mit neuen Zuzügen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, machte deutlich, dass es sich hier um anerkannte Flüchtlinge handelt.

Herr Bonan, SPD, möchte wissen, welche Auswirkungen das Coaching für die Bürgerarbeit hat und wo dieses stattfindet. Herr Bonan erklärte, dass er die Arbeit des Berufsförderungswerks kennt.

Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters Halle (Saale), gab an, dass die Bürgerarbeit durch den ESF finanziert wird. Es besteht eine enge Verbindung mit den Trägern. Konkrete Zahlen können erst im Jahr 2014 vorgelegt werden. Das Coaching kann sowohl am Arbeitsplatz als auch beim Träger durchgeführt werden. Personen, die Bürgerarbeit durchführen, werden rund 30 h beschäftigt. Das Coaching erfolgt ergänzend und unterstützend.

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin, möchte wissen, ob Studierende bei der Bürgerarbeit extra erfasst werden. Was passiert mit den frei werdenden Stellen im Kulturbereich, z. B. mit den Musikern.

Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters Halle (Saale), gab an, dass bei Leistung beitragspflichtiger Abgaben die Agentur zuständig ist. Studierende sind z. B. nur Aufstocker, so ein Kind im Haushalt lebt. Wissenschaftliche Mitarbeiter fallen gleichfalls in den Bereich der Agentur, wenn beitragspflichtige Abgaben geleistet wurden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, machte deutlich, dass bei Auslauf der Bürgerarbeit ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen ist. Bisher sind keine Nachfolgeprogramme geplant. Von den für Sachsen-Anhalt vorgesehenen ca. 250 Stellen werden Halle ca. 50 bis 70 zugewiesen. Die Masse der Stellen findet sich im Bereich Sport. Die Träger müssen sich positionieren, jeder Bereich muss sich Gedanken machen, wie die Bürgerarbeit fortgeführt werden kann. Die Arbeitslosenzahlen stagnieren. Die meisten Bürgerarbeiter sind nicht arbeitslos, sondern leben in Bedarfsgemeinschaften. Bei den aufgeführten Arbeitslosenzahlen sind 10.000 Kinder mit berücksichtigt. Es sind dringend zielführende Maßnahmen erforderlich.

Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters Halle (Saale), erklärte, dass sich die Stagnation auf die Zahlen und nicht auf den Arbeitsmarkt insgesamt bezieht. Hier ist viel Bewegung.

Frau Vofrei, Jobcenter Halle (Saale), erläuterte die Zahlen zu BuT.

zu 6 Vorstellung des Projektes "SozialConcierge"

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte Herrn Sittinger vom Internationalen Bund für Sozialarbeit.

Herr Sittinger stellte kurz seine Arbeit vor. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt. Der IB ist seit mehr als 15 Jahren in Halle tätig. Der IB verbindet traditionelle Familienarbeit mit der Arbeit des Gemeinwesens.

Herr Sittinger stellte das Projekt „Sozialconcierge“ vor. Zielstellung ist die Familienbetreuung aus einer Hand. Zurzeit betreuen verschiedene Träger an unterschiedlichen Standorten verschiedene Familien, ohne jedoch zielführend vernetzt zu arbeiten.

Der IB hat das Projekt SoCo verschiedenen Wohnungsgesellschaften vorgestellt und arbeitet mit diesen zusammen. An Brennpunkten mietet der IB Wohnungen an und kann so vor Ort die Familien beraten und sozialpädagogisch betreuen. Dabei wird das Interesse geweckt, Gespräche mit Anwohnern können geführt werden, eine familienorientierte Entwicklung mit Lösungsansätzen ist möglich, es wird komplexe spezifizierte Hilfe im Einzelfall geleistet. Durch die Arbeit des SoCo ist ein Rückgang der Mietrückstände zu verzeichnen, die Familien sind nicht mehr isoliert. Derzeit sind 3 Projekte erfolgreich umgesetzt, 2 weitere sind in Planung.

Herr Müller, CDU, bat um Auskunft, wie die Arbeit des IB – speziell des Sozialconcierges – finanziert wird. Durch wen wird die notwendige Hilfe beglichen, Bund oder Kommune? Weiterhin möchte er wissen, ob nur eine Familie die notwendige Unterstützung erhält oder mehrere Familien. Einem Artikel der FAZ konnte er entnehmen, dass der Sozialconcierge als eine Art Pfortner in einem Haus tätig ist. Hier wird die Finanzierung über den Hauseigentümer abgewickelt, dies wäre doch auch bei einem SoCo möglich.

Herr Sittinger führte aus, dass die Finanzierung durch § 27 SGB VIII erfolgt, ab 2014 wird die Abrechnung über § 36a SGB VIII vorgenommen. Die Familien melden sich bei Problemen beim Jugendamt, dort wird ein entsprechender Hilfeplan erstellt. Die Kommune übernimmt also die Kosten. Das Jugendamt arbeitet sehr eng mit den Mitarbeitern des IB zusammen. Da die Abwicklung der Finanzierung über SGB VIII erfolgt, kann somit eine Finanzierung der Mitarbeiter des IB, hier des Sozialconcierges, stattfinden. Die Steuerung der Familienunterstützung erfolgt durch den Sozialconcierge, so z. B. die Organisation von Nachhilfen durch freie Träger.

Herr Sittinger machte klar, dass es sich bei dem Sozialconcierge in keinster Weise um einen Pfortner handelt, sondern um einen Ansprechpartner/Unterstützer für Familien mit Problemen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erklärte, dass es sich bei dem Begriff „Sozialconcierge“ nicht um einen geschützten Begriff handelt. Es geht bei dem von Herrn Sittinger vorgestellten Projekt einzig um die Betreuung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien. Das Jugendamt finanziert diese Projekte als Gesamtprodukt. So können Synergie-Effekte für weitere Familien genutzt werden.

Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM, ist von diesem Projekt überzeugt. Im Jugendhilfeausschuss wurde die Arbeit des SoCo bereits vorgestellt. Die Arbeit des Sozialconcierges ist sehr erfolgreich und sollte ausgebaut und gefestigt werden. Leider sind im Haushalt der Stadt Halle keine finanziellen Mittel für präventive Maßnahmen eingestellt. Das Projekt wird jedoch auch durch Mietvereine unterstützt. Sie führte an, dass im Südpark jetzt neue Räumlichkeiten bezogen wurden.

Herr Schachtschneider, CDU, möchte wissen, ob die Arbeit des SoCo an verschiedenen Schwerpunkten durchgeführt wird, so z. B. in Halle-Neustadt. Es entsteht der Eindruck, dass die Aufteilung bisher zerstückelt wurde.

Herr Sittinger führte aus, dass die Stellen der SoCo durch das Jugendamt festgeschrieben werden. Der Einsatz der SoCo ist damit bedarfsabhängig.

Herr Schachtschneider, CDU, sieht zz. größeren Bedarf für den Einsatz eines SoCo im Südpark. Bisher konnte ein Einsatz dort jedoch noch nicht erfolgen.

Herr Sittinger gab zu bedenken, dass teilweise das Verständnis für die Arbeit des SoCo bei einigen Mitarbeitern des Jugendamtes noch nicht vorhanden ist.

Auf Nachfrage von **Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, ob damit Kritik an der Arbeit des Jugendamtes geübt wird, verneinte **Herr Sittinger**. Er machte deutlich, dass für die Umsetzung des Projektes Überzeugungsarbeit geleistet werden muss und die Mitarbeiter des Jugendamtes mit diesem wachsen müssen und auch im Rahmen ihrer Arbeit die Projekte auf Umsetzbarkeit prüfen müssen. In keinsten Weise möchte er seine Äußerungen als Kritik an der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt verstanden wissen, sein Statement gab er ohne Wertung ab. Der IB und das Jugendamt sind sehr an einem konstruktiven Miteinander interessiert.

Herr Menn, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, findet die Arbeit des IB und des SoCo sehr gut. Er fragte nach, wie viele Familien im Einzelnen betreut werden.

Herr Sittinger gab an, dass anfänglich nur hauseingangsbezogen gearbeitet wurde, die Projekte jetzt jedoch Straßenzüge umfassen.

Herr Müller, CDU, bat um Mitteilung, ob nach erfolgreicher Arbeit des SoCo diese in den Bereichen wieder eingestellt wird.

Herr Sittinger machte klar, dass sich durch Zu- und Wegzug immer wieder neue Probleme bilden. Durch die Fluktuation ergeben sich immer neue Aufgaben. Sind die Probleme erfasst, erfolgt eine Meldung an das Jugendamt. Die Familien werden mit diesem Projekt zur Selbsthilfe erzogen, Ansätze zu Problemlösungen gegeben, Selbstständigkeit hergestellt.

Frau Hanna Haupt, SPD, erklärte, soziale Arbeit ist immer im Fluss und nicht statisch.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bedankte sich für die Ausführungen von Herrn Sittinger und wünschte weiterhin Erfolg bei der Umsetzung seiner Arbeit.

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Behandlung des von der Fraktion DIE LINKE. eingebrachten Antrages zur Bekämpfung der Armut im Alter. Zur Behandlung des Antrages wurde dieser in den Ausschuss verwiesen.

zu 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter
Vorlage: V/2013/12098

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, gab an, dass die Altersarmut immer weiter ansteigt. Die eigentliche Ursache der Altersarmut kann jedoch nicht in den Kommunen beseitigt werden. Es sind keine Fondseinrichtungen möglich. Mit der Einbringung des Antrages in den Ausschuss bittet die Fraktion DIE LINKE. um Anregungen, um der Altersarmut entgegenzuwirken. Speziell wird die Frage nach Hilfsangeboten gestellt. So z. B. wäre ein Umzug von einer großen in eine kleinere Wohnung für ältere Bürger erstrebenswert. Zur Bewältigung der Aufgabe wäre ein langfristiges Konzept zu erarbeiten.

Herr Müller, CDU, erklärte, dass mit dem vorhandenen Personal nur geringfügig Unterstützungsmöglichkeiten bestehen. Es sollte die Bitte an den Oberbürgermeister herangetragen werden, dass eine 2. Stelle in der Seniorenbetreuung besetzt wird. Der Antrag könnte durch den Ausschuss gestellt werden. Er würde den Antrag vorbereiten.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, wies darauf hin, dass die 2. Stelle in der Seniorenbetreuung einen kw-Vermerk erhalten hat.

Herr Schachtschneider, CDU, unterstützt den Antrag. Er machte deutlich, dass die Seniorenarbeit mehr publik gemacht werden muss. Klar ist auch, dass nicht mehr Geld zur Verfügung steht, man muss daher eine Umverteilung vornehmen. Vorwiegend gehe es wohl um Ältere aus dem Niedriglohnssektor, die von der Altersarmut betroffen sind.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, möchte hier keine Wertung vornehmen. Es gehe um die Unterstützung im Allgemeinen und wie Hilfe möglich sei.

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin, meinte, dass Strategien und Handlungsfelder bekannt sind. So z. B. sind der Seniorenatlas und Migrationsbericht ein gutes Hilfsmittel. Es muss jedoch eine Einordnung in die strategische Sozialplanung geprüft werden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, gab an, dass die Arbeit in der Seniorenbetreuung und die Berichte stetig weiterentwickelt werden müssen. Sie möchte die Priorität zur Behandlung der Altersarmut für die nächsten Jahre festlegen. Es handelt sich um eine längerfristige Aufgabe, deren Abarbeitung nicht im I. Quartal 2014 möglich ist.

Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM, möchte einen fraktionsübergreifenden Antrag stellen. Sie unterstützt das Anliegen. Es müssen kommunale, umsetzbare Handlungsziele mit entsprechenden Zeitschienen formuliert werden. Es darf in der Seniorenberatung keinen kw-Stellen-Vermerk geben. Auch muss der demographische Wandel berücksichtigt werden. Sie führt als Beispiel das Älterwerden von Menschen in ihren Wohnungen an. Welche Möglichkeiten stehen der Kommune hier zur Verfügung. Auch sollte man sich mit anderen Kommunen in Verbindung setzen und sich an bereits durchgeführten Projekten orientieren.

Herr Müller, CDU, wies darauf hin, dass es nicht ausreicht, den kw-Vermerk von der Stelle der Seniorenbetreuung zu streichen, die Stelle muss auch adäquat besetzt sein.

Herr Hildebrandt, CDU, verdeutlichte, dass sich an dem eigentlichen Problem der Altersarmut nichts ändern wird. Die Kommune hat kaum Möglichkeiten, er verwies hier auf politische Festlegungen, die von der Regierung getroffen werden. Den Antrag unterstützt er jedoch.

Herr Dr. Yousif, DIE LINKE., erklärte, dass eine Mindestrente bzw. eine Rentenerhöhung erforderlich seien, um der Rentenarmut entgegenzuwirken. Hier sei die Politik gefragt. Es müssten Festlegungen im Koalitionsvertrag getroffen werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, machte klar, dass das Rentenniveau in Deutschland am höchsten in Europa ist. Von Rentenarmut kann daher nicht gesprochen werden, vielmehr sind Überlegungen anzustreben, ob eventuell die Grundsicherung erhöht werden sollte. Es handelt sich hier um kein kommunales, sondern um ein europäisches Problem. Daten und Fakten müssen für eine effektive Bekämpfung der Altersarmut zusammengestellt werden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, verwies auf die Karlsruher Leitlinien.

Herr Weiske, Sozialplaner Stadt Halle, machte klar, dass das Rentenniveau nicht beeinflussbar ist. Er unterstrich die Wichtigkeit der Seniorenpolitik. Erforderlich ist in erster Linie, die Aufgaben für die Seniorenbetreuung klar zu definieren und den Beratungsmarkt für Senioren konsequent zu erweitern. Auch muss der Seniorenbericht fortgeschrieben werden. Hierbei müssen die aktuellen Zahlen Berücksichtigung finden. Bisher ist ein Anstieg der Fälle in der Grundsicherung im Alter um 100 zum letzten Jahr zu verzeichnen. Die Fallzahlen zeigen auf, dass ein Anstieg der Altersarmut in Halle noch nicht nachgewiesen werden kann. Auch machte Herr Weiske deutlich, dass die medizinische Versorgung der Rentner gesichert ist. Es gibt Beratungsangebote und es finden Gespräche mit Trägern für Seniorenarbeit statt. Bei steigenden Fallzahlen muss im FB Soziales eine entsprechende Personalausstattung zur Beratung erfolgen, dafür sollte eine Stelle im FB 50 geschaffen werden.

Frau Hanna Haupt, SPD, informierte, dass es ausreichende Konzepte gibt. Es fehlt jedoch oft an der Umsetzung. Sie gab an, dass z. B. von der HAVAG eine Seniorenfahrkarte angeboten werden könnte.

Herr Müller, CDU, griff den Vorschlag von Frau Hanna Haupt auf. Es sollte eine Prüfung für entsprechende Seniorenangebote erfolgen.

Herr Czock, sachkundiger Einwohner, sagte, dass die eigentliche Altersarmut bereits im Teenageralter beginnt. Junge Menschen, die die Schule oder Lehre abbrechen, werden in der Zukunft keine Vorsorge für die Rente treffen können. Altersarmut ist hier schon vorprogrammiert.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte mit, dass eine Berichterstattung erfolgt. Die Ziele müssen genau definiert werden. Hauptfelder sind z. B. „Wohnen, Freizeit, Teilhabe, öffentlicher Verkehr, Gesundheit“. Damit werden auch einzelne Maßnahmen für Bereiche der Verwaltung deutlich.

Herr Dr. Bartsch, DIE LINKE., erklärte, dass in Halle-Neustadt viele ältere Menschen leben. Hier ist die kulturelle und soziale Armut groß. Den älteren Menschen müssen Kultur, soziale Kontakte und Treffen in Wohnortnähe möglich sein.

Frau Riethmüller, Seniorenbeauftragte der Stadt Halle, machte deutlich, dass Prioritäten gesetzt werden müssen. Leider fehlt es oft an den finanziellen Mitteln. Kostenfreie Angebote und Projekte sollten den älteren Bürgern zugänglich gemacht werden, hier z. B. durch Nachbarschaftskonzepte und besonders wichtig die Begegnungsstätten für Senioren.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erläuterte, dass sich der Ausschuss im Januar 2014 noch einmal zu dem Anliegen berät und dann evtl. zu diesem Zeitpunkt Beschlüsse gefasst werden. Vielleicht liegen zur nächsten SGGA-Sitzung weitere Ideen und Hinweise der Ausschussmitglieder vor. Somit schließt sie den Punkt „Altersarmut“ als 1. Lesung.

Frau Riethmüller, Seniorenbeauftragte, wies darauf hin, dass zur nächsten Sitzung ein neuer Seniorenwegweiser vorliegen wird.

zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 9 Mitteilungen

Das den Mitgliedern des SGGA vorgelegte Handout gibt Auskünfte zu der im Januar 2014 einzubringenden Vorlage Fördermittel. Diese Mitteilung gilt lediglich als Vorabinformation.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erklärte, dass die Vorlage im Januar 2014 als Tagesordnungspunkt aufgenommen wird. Sie richtete die Frage an die Verwaltung, warum in der Schuldnerberatung 100.000 Euro mehr aufgeführt werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, machte deutlich, dass die Aufgabe von der Stadt Halle an Dritte weitergegeben wird. Es erfolgt eine Abgabe nach Subsidiaritätsprinzip. Das eigene Angebot zur Schuldnerberatung bei der Stadt Halle wird reduziert. Daher kommt es zu einer Erhöhung der Ausgaben in diesem Bereich.

Herr Baus, Fachbereichsleiter FB Soziales, gab an, dass eine Umschichtung der Sachbearbeiter zum pflichten Bereich vorgenommen wird. 2 Personalstellen sollen „umgeschichtet“ werden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Erklärung, welche Auswirkungen die Umschichtung für die Stadt und die Mitarbeiter haben wird.

Herr Baus, Fachbereichsleiter FB Soziales, informierte, dass eine pünktliche Auszahlung des Geldes an die Hilfeempfänger erfolgen muss. Somit muss zwischen Terminauszahlung und Schuldnerberatung gewählt werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte mit, dass vom Land eine weitere Zahlung aus dem Ausgleichsstock des FAG in Höhe von 505.000 Euro an die Stadt Halle gezahlt wurde. Damit wurden vom Land für den Asylbereich rund 1,1 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Das Geld dient als Ausgleich für Mehrbelastungen der Stadt aufgrund höherer Zuweisungen durch das Land.

Herr Müller und Herr Hildebrandt, CDU, verließen um 18:31 Uhr die Sitzung.

Herr Menn, sachkundiger Einwohner, verließen um 18:35 Uhr die Sitzung.

zu 9.1 Themenspeicher

Frau Hanna Haupt, SPD, regte für das I. Quartal an, dass als weiterer Punkt die Vorstellung der „Malteser“ aufgenommen wird. Die Malteser erhalten keine finanzielle Unterstützung von der Stadt, leisten jedoch wichtige Arbeit.

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin, verwies darauf, dass für die Februar-Sitzung sehr viele Themen festgeschrieben wurden.

zu 9.2 Bericht zum Gesunde Städte-Projekt Halle (Saale) 2009 - 2012/13

Frau Chaghouri, Gesundheitsförderung Stadt Halle, führte zu dem vorliegenden Bericht zum Gesunde Städte-Projekt Halle aus. Sie ist Koordinatorin dieses Projektes. Frau Chaghouri erklärte, dass aufgrund von Ressourcenmangel große Veränderungen anstehen. Schwerpunkt der Stadt Halle ist nicht mehr die Gesundheitsförderung, die Prioritäten liegen bei anderen Projekten. Frau Chaghouri sieht großen Handlungsbedarf und wies darauf hin, dass die Stadt Halle evtl. das Netzwerk verlassen muss. Zurzeit kann sie nur noch 10 % ihrer Arbeitszeit in das Städte-Projekt investieren.

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin, möchte wissen, warum eine Reihe von Aktivitäten eingestellt wird. Sie verwies z. B. auf das Projekt Lucia und den Tag der Apotheken, die immer gut angenommen wurden. Weiterhin möchte sie wissen, wie das Schulobstprogramm umgesetzt wird. Es muss klar definiert werden, wo der größte Handlungsbedarf besteht und wie evtl. der Ausschuss unterstützend mithelfen kann.

Frau Chaghouri, Gesundheitsförderung Stadt Halle, machte deutlich, dass ihr für die Umsetzung des Projektes immer weniger Möglichkeiten zur Verfügung stehen und ihre Arbeit von vielen nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig ist. Die Stadt konzentriert sich auf andere Anliegen. Das Schulobstprogramm ist nicht in das Gesunde Städte-Projekt eingebunden. Zu klären wäre in erster Linie, ob die Gesundheitsförderung in der Stadt Halle weiterentwickelt werden soll und ob noch Wert auf die Mitwirkung im Sozialnetzwerk gelegt wird.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, informierte, dass bei freiwilligen Aufgaben zurückgefahren wird. Die Stadt konzentriert sich auf den pflichtigen Aufgabenbereich. Es müssen die Rahmenbedingungen und die sozialen Situationen der Stadt berücksichtigt werden. Da nicht genug finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung stehen, ist die Umsetzung des Projektes schwer möglich.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte für die kritischen Worte und sprach Frau Chaghouri Optimismus bei der Umsetzung ihrer Arbeit zu. Eventuell sollte der Bericht in einer späteren Sitzung des SGGA noch einmal aufgegriffen werden.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es lagen keine mündlichen Anfragen vor.

zu 11 Anregungen

Es wurden keine Anregungen vorgetragen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 07.01.14

Tobias Kogge
Beigeordneter für
Bildung und Soziales

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Konstanze Hermann
Protokollführerin